

Verpasste Chance zum Frieden

Verhindert die Konsensorientierung der Hamas ihren Gewaltverzicht?

EDITORIAL

Die Umbrüche in der arabischen Welt sind beim Kernkonflikt der Region angekommen: Anfang Mai unterzeichneten die radikal-islamische Hamas und die säkulare Fatah zusammen mit anderen Palästinensergruppen ein Versöhnungsabkommen und vieles deutet darauf hin, dass die Protestwelle in den arabischen Ländern einiges dazu beitrug. So hat die Fatah mit Mubarak einen wichtigen Verbündeten verloren und die Hamas blickt besorgt nach Syrien, wo Assad versucht, den Aufstand im eigenen Land mit Panzern zu beenden.

Bundeskanzlerin Merkel reagierte zurückhaltend auf den Coup. Die EU, USA und Israel stufen die Hamas als Terrororganisation ein. Die Hamas war bislang diplomatisch völlig isoliert, da sie sich weigerte, auf Gewalt zu verzichten und das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Ist es grundsätzlich möglich, die radikale Hamas in politische Prozesse einzubinden? Und, gibt es eine Chance auf Gewaltverzicht bei der Hamas?

Janneke Rauscher vergleicht die Machtstrukturen und die Prozesse der Entscheidungsfindung und Willensbildung von Fatah und Hamas und versucht der Frage auf den Grund zu kommen, warum beide Organisationen trotz ähnlicher Entwicklungen im Punkt des Gewaltverzichts so große Unterschiede aufweisen.

Ob die Einigung der beiden Palästinenserorganisationen Bestand hat und sie sich positiv oder negativ auf den Friedensprozess im Nahen Osten auswirken wird, bleibt die bange Frage, deren Antwort der Westen gespannt erwarten wird, aber sicher noch weniger als bisher beeinflussen kann. *Karin Hammer*



Zehntausende fanden sich zu einer Kundgebung anlässlich des 22. Gründungstags der Hamas-Bewegung am 14.12.2009 ein. Hier schwor Ismail Haniyya, ranghohes Mitglied der Hamas, die Anhänger noch kompromisslos auf die Vernichtung Israels ein. Im Mai 2011 unterschrieben Hamas und Fatah zur Überraschung aller ein Versöhnungsabkommen. Tut sich hier eine neue Gelegenheit auf?

Foto: picture-alliance/landov

Janneke Rauscher

Ende April dieses Jahres überraschten die Führer der islamistischen Hamas und der säkularen Fatah die westliche Welt mit der Verkündung ihrer Versöhnung. Die vier Jahre dauernde Teilung der palästinensischen Gebiete, in das von der Fatah regierte Westjordanland und den durch die Hamas kontrollierten Gazastreifen, scheint mit der gemeinsamen Unterzeichnung eines Abkommens Anfang Mai in Kairo beendet. Kernstück der Vereinbarungen ist die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung, welche auch die überfälligen Neuwahlen für das Amt des Präsidenten und das Parlament vorbereiten soll. Dieser Schritt stößt in der westlichen Welt lediglich auf verhaltene Zustimmung. Denn trotz der Annäherung an die Fatah setzt die

Hamas weiterhin auf ihren radikalen Kurs der Gewalt.

Der Wahlsieg der islamistischen Organisation über die bis 2006 regierende Fatah erschütterte seinerzeit die westliche Welt. Weder die Europäische Union noch die USA oder Israel hatten mit einem Sieg der von ihnen als Terrororganisation gelisteten Gruppe gerechnet. Wie bereits 20 Jahre zuvor bei der Fatah waren sie nicht dazu bereit, die Hamas als politischen Akteur anzuerkennen, bevor diese nicht auf Gewalt verzichtet und das Existenzrecht Israels anerkennt. Die Hamas war jedoch lediglich dazu bereit, einen palästinensischen Staat neben Israel in den Grenzen von 1967 als Übergangslösung auf unbestimmte Zeit zu akzeptieren und eine langfristige Waffenruhe einzuhalten. Die EU und die USA verhängten daher bereits nach der ersten Sitzung des neu gewählten Parlamentes

Sanktionen gegen die Hamas-Regierung und verfolgen seitdem eine strikte Blockadepolitik. Diese soll auch für die neu zu bildende Übergangsregierung gelten, sofern die Hamas die nach wie vor geltenden Forderungen nicht erfüllt¹. Wie schon nach ihrem Wahlsieg 2006 bietet sich der Hamas nun erneut die Gelegenheit, durch einen Gewaltverzicht und die Anerkennung Israels ihre Transformation von einer Widerstandsgruppe zu einer politischen Partei abzuschließen. Und immer noch stellt sich die Frage nach den Gründen für das bisherige Ausbleiben dieses Gewaltverzichts. In der öffentlichen Diskussion wird meist die radikal islamistische Ideologie der Gruppe dafür verantwortlich gemacht, dass sie (im Gegensatz zur säkularen Fatah) nicht bereit ist, ihre politischen Ziele mit friedlichen Mitteln zu verfolgen. Dieser weit verbreitete Erklärungsansatz erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als haltlos: Erstens wird ignoriert, dass die Hamas in verschiedenen Phasen ihre Forderungen mit Verweis auf religiöse Texte mäßigte. Zweitens trägt eine solch vereinfachende Erklärung nicht der Tatsache Rechnung, dass zahlreiche Faktoren darüber entscheiden, ob sich eine gewalttätige Widerstandsgruppe zu einer friedlichen politischen Partei entwickelt oder nicht. Hierzu zählen besondere politische Gelegenheiten und Konstellationen, die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Gewaltanwendung und Anreize für bzw. Druck auf die jeweilige Gruppe. Diese bilden die äußeren Bedingungen, unter denen eine Gruppe handelt und auf die sie reagieren muss, wenn sie als Organisation Bestand haben will. Dabei wird häufig ein Aspekt vernachlässigt, in dem sich die Hamas maßgeblich von der Fatah unterscheidet: das Gewicht der Ansichten der Führung bei politischen Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb der Gruppe. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Führung der Hamas generell radikaler oder gewaltbereiter ist als die der Fatah, denn in beiden Gruppen gibt es Befürworter und Gegner des gewaltsamen Kurses. Doch im Gegensatz zur Hamas konnte sich die moderate Fraktion in der Fatah dank der Macht und fast uneingeschränkten Entscheidungshoheit Yassir Arafats durchsetzen.

Dieser Standpunkt geht der Frage nach, wie unterschiedliche Prozesse der Entschei-

nungsfindung für den offiziellen Gewaltverzicht der Fatah Ende der 1980er Jahre einerseits und das Ausbleiben desselbigen bei der Hamas andererseits verantwortlich sind. Dabei wird erklärt, warum die strikte Konsensorientierung der Hamas einen Gewaltverzicht der Gruppe verhinderte und es der moderaten Fraktion der Hamas unmöglich machte, die mit der Regierungsübernahme entstandene Gelegenheit zu nutzen und einen Gewaltverzicht durchzusetzen.

Der lange Weg der Fatah zum Gewaltverzicht

Der Entscheidung, die Gewalt gegen Israel fallen zu lassen, gingen schrittweise Strategieänderungen der Fatah voran. 1959 gegründet, konnte sie ihren ersten militärischen Erfolg gegen israelische Truppen rund zehn Jahre später in der „Schlacht von Karama“ verbuchen. Von da an widmete sich die Fatah voll und ganz der Strategie des bewaffneten Kampfes, um das gesamte historische Palästina in seinen Ausmaßen vor der Gründung Israels zurückzuerobern. Die Gewaltanwendung stieß in weiten Teilen der im Exil lebenden palästinensischen Bevölkerung auf große Zustimmung und ermöglichte der Fatah die Übernahme der Mehrheit in der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), der Dachorganisation, unter der sich die unterschiedlichen Widerstandsgruppen der Palästinenser Ende der 1960er zusammengefunden hatten. Die militärischen Erfolge bildeten die Legitimationsgrundlage der Führungsposition der Fatah. Einer ihrer Gründer und Führer, Yassir Arafat, wurde zum Führer der gesamten PLO und somit zur Gallionsfigur des palästinensischen Widerstands gegen die israelische Besatzung. Seine Vormachtstellung konnte er in den folgenden Jahren immer weiter ausbauen, bis schließlich alle Fäden in seinen Händen zusammenliefen.

Aufbau und Entscheidungsfindung der Fatah und der PLO

Die Fatah bestand bis Ende der 1960er Jahre aus einem eher losen Zusammenschluss zahlreicher Untergruppen, deren Führung seit der Staatsgründung Israels und der anschließenden Vertreibung vieler Palästi-

nenser aus den von Israel besetzten Gebieten 1948/49 bis Mitte der 1990er Jahre aus dem Exil der arabischen Nachbarstaaten heraus agierte. Zusammengehalten und beherrscht wurde sie von ihren Gründern, wobei Arafat schon damals eine Vormachtstellung innehatte. Die PLO ist hingegen von einem hierarchischen und staatsähnlichen Aufbau geprägt. An oberster Stelle stehen der Präsident der PLO, das Exekutivkomitee sowie der Palästinensische Nationalrat. Letzterer legt die übergeordneten strategischen Richtlinien der PLO fest und wählt die Mitglieder des Exekutivkomitees. Die Mitglieder des Palästinensischen Nationalrates wurden bis 1996 nicht gewählt, sondern von dem jeweils vorhergehenden Rat ernannt. Dabei wurde auf eine Zusammensetzung entsprechend der Stärke der einzelnen Gruppen geachtet. Dies sicherte der Fatah in der PLO durchgehend eine Vormachtstellung, welche durch die Übernahme des Vorsizes des Exekutivkomitees und somit des Präsidentenamtes der PLO durch Arafat 1969 zusätzlich gestärkt wurde. Die Fatah konnte so als größte Fraktion innerhalb der PLO deren Strategien maßgeblich mitbestimmen.

Innerhalb des Palästinensischen Nationalrates, dessen Funktion mit der eines Parlaments verglichen werden kann, mussten die verschiedenen Führungsgruppen miteinander um die beste Strategie verhandeln, was angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen und Ansichten der Fraktionen nicht immer leicht war. Für eine Entscheidung ist eine einfache Mehrheit ausreichend, allerdings achteten Arafat und die Fatah lange darauf, bei allen Entscheidungen Koalitionen zu bilden, um einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Diese Vorgehensweise sollte interne Spannungen vermeiden und die Stabilität der PLO erhalten, wurde aber Mitte der 1980er Jahre aufgegeben, um die Positionen Arafats und der Fatah ungehindert durchsetzen zu können.

Das Exekutivkomitee leitete das politische Tagesgeschäft zwischen den Sitzungen des Rates und war an dessen generelle Weisungen gebunden. Durch Korruption und Vetternwirtschaft sicherte sich die Führung, und hier wieder vor allem Arafat, die Loyalität der obersten Mitglieder. Dieses Patronage- oder Klientensystem wurde mit Hilfe der Kontrolle über die finanziellen Ressourcen der PLO durch Arafat weiter

Über 8000 Tote in einem knappen Vierteljahrhundert

Im palästinensisch-israelischen Konflikt starben allein seit Beginn der ersten Intifada im Dezember 1987 bis Februar 2011 Tausende von Menschen. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem verzeichnet für diesen Zeitraum, die Opfer der „Operation gegossenes Blei“ ausgenommen, mehr als 8000 Tote. 6615 Palästinenser und 1497 Israelis verloren in den letzten 24 Jahren aufgrund der anhaltenden Konfrontationen und terroristischen Anschläge ihr Leben, darunter über 1400 Minderjährige – allein 1277 auf palästinensischer Seite.

Bei der „Operation gegossenes Blei“ startete das israelische Militär am 3. Januar 2009 eine Bodenoffensive aufgrund der stark gestiegenen Anzahl von Raketenangriffen und Mörsergranatenanschlägen aus dem Gazastreifen. Am 18. Januar beendete ein von beiden Seiten unabhängig ausgerufenen Waffenstillstand die Operation und am 21. Januar 2009 waren die israelischen Bodentruppen vollständig abgezogen. Offizielle Ziele des Militärschlages waren die Stellungen und Verstecke der Hamas, doch die Bilanz der nur 22 Tage dauernden Kämpfe war verheerend für die Bevölkerung des Gazastreifens. Angaben von Amnesty International zufolge verloren rund 1400 Palästinenser durch die israelische Militäroffensive ihr Leben.²

Quelle: Amnesty International 2009: Operation 'Cast Lead': 22 Days of Death and Destruction; online unter: www.amnesty.org/en/library/asset/MDE15/015/2009/en/8f299083-9a74-4853-860f-0563725e633a/mde150152009en.pdf (30.03.2011). B'Tselem: www.btselem.org/English/index.asp.

ausgebaut. Durch die doppelte, weil finanzielle und persönliche Abhängigkeit aller mittleren und oberen Führungsmitglieder vom Exekutivkomitee konnte die oberste Führungsspitze – und insbesondere Arafat – die Macht weitgehend ungehindert ausüben. Aufgrund dieser Abhängigkeiten und der Machtkonzentration konnte er den sukzessiven Gewaltverzicht, auch gegen den Willen anderer Führungsmitglieder, durchsetzen.

Der bewaffnete Kampf tritt in den Hintergrund

Eine erste Neujustierung der Strategie erfolgte bereits Mitte der 1970er Jahre. Nach der Vertreibung der Fatah bzw. PLO aus den palästinensischen Lagern in Jordanien tat sich 1974 eine politische Gelegenheit auf. Die arabischen Staaten boten Arafat in einem Geheimpapier die Anerkennung der PLO als legitime Führung der Palästinenser an, wenn diese eine klare, zustimmende Position in Bezug auf Friedensverhandlungen mit Israel einnehmen würde. Diesen politischen Anreiz vor Augen überzeugte Arafat den Palästinensischen Nationalrat, einen Zehn-Punkte-Plan in das Programm der PLO aufzunehmen. Darin wurde eine Zwei-Staaten-Lösung, also die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel,

als Übergangslösung etabliert und das Ziel der Befreiung des gesamten ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina auf unbestimmte Zeit verschoben. Fortan verfolgten die palästinensischen Gruppen bis 1988 eine Doppelstrategie: diplomatische Initiativen Arafats bei gleichzeitiger Gewaltanwendung. Dies stellte eine Kompromisslösung zwischen den verschiedenen Fraktionen der PLO dar, um zu verhindern, dass eine radikale Abkehr vom bewaffneten Kampf große Teile der palästinensischen Bevölkerung verärgern, die Legitimität des Führungsanspruches der Fatah in Frage stellen und die Einheit der PLO gefährden könnte. Dieser Kompromiss war umstritten und führte zu einer Abspaltung der radikalsten Fraktion unter der Führung der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Obwohl dies zunächst eine weitere Eskalation der Gewalt zur Folge hatte und die Gruppe versuchte, sich als Alternative neben der PLO zu positionieren, konnte Arafat politischen Gewinn daraus schlagen. Sein Entscheidungsspielraum vergrößerte sich, da es nun eine radikale Position weniger zu beachten galt. Dies schlug sich in den weiteren Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates nieder, in welchen der bewaffnete Kampf offiziell nur noch als eine mögliche Option neben der politischen und diplomatischen Vorgehensweise aufgeführt wurde. Als die PFLP 1981, nach dem erfolglosen Versuch,

Palestine Liberation Organisation – PLO

Die PLO wurde 1964 auf der Grundlage der Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz in Kairo im Januar desselben Jahres gegründet und stand zunächst unter der Schirmherrschaft Ägyptens. Als Instrument der arabischen Staaten gedacht, um den palästinensischen Widerstand zu kontrollieren, standen die Fatah und die anderen palästinensischen Widerstandsbewegungen der PLO zunächst ablehnend gegenüber. Nach dem Popularitätsgewinn durch die Schlacht von Karama gelang es ihnen unter der Führung der Fatah, im Juli 1968 die PLO zu übernehmen und den Einfluss der arabischen Staaten einzudämmen.

Am 21. März 1968 hatten israelische Truppen das palästinensische Flüchtlingslager Lager Karama angegriffen, nachdem aus diesen Gebieten immer wieder grenzüberschreitende Anschläge auf israelisches Gebiet unternommen worden waren. Die Fatah verlor bei den Kämpfen mehr als die Hälfte ihrer Kader und konnte nur durch das Eingreifen der jordanischen Truppen vor Schlimmerem bewahrt werden. Auch die israelische Armee hatte Verluste zu beklagen und musste schließlich den Rückzug antreten. Viel folgenreicher als die Toten und Verletzten aus den Reihen der Palästinenser war allerdings die Zerstörung des Unbesiegbarkeitsmythos der israelischen Armee.

Yassir Arafat erhielt 1969 den Vorsitz der PLO, welche nach und nach international als einzig rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wurde und 1974 sogar Beobachterstatus in den Vollversammlungen der Vereinten Nationen erhielt. Nach Arafats Tod am 11. November 2004 wurde der jetzige Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, neuer Vorsitzender der PLO.

sich als Konkurrentin der PLO zu profilieren, der Dachorganisation wieder beitrug, ordnete sie sich der Führung der Fatah und den Entscheidungen Arafats unter.

Abkehr vom Konsensprinzip und Durchbruch der politischen Strategie

Mitte der 1980er Jahre kehrte die PLO-Führung ihrem bis dato gepflegten Konsensprinzip den Rücken und wandte sich der Entscheidungsfindung per einfacher Mehrheit zu, wie es ursprünglich vorgesehen war. Nach dem Verlust der zweiten Basis im Libanon 1982 kam es innerhalb der Fatah zu einer kleinen Rebellion, bei der sich die radikalen Flügel der Bewegung abgespalteten und unter dem Namen „Fatah-Provisional Command“ eine eigene Oppositionsgruppe gründeten. Sie waren nicht gewillt, den politischen Weg zu beschreiten und den bewaffneten Kampf aufzugeben. Ihr Ziel war der Sturz Arafats und die Übernahme der PLO. Die hierfür ausgeführten Anschläge auf die Führungsmitglieder der PLO zeigten jedoch wenig Wirkung, und die neu gegründete Gruppe löste sich wenige Jahre später wieder auf. Viele ihrer Kämpfer kehrten „geläutert“ in die Reihen der Fatah zurück. Ergebnis dieser Abspaltung war, dass innerhalb der Fatah keine starke Gegenposition mehr zum politischen Kurs Arafats bestand. Der Ausbruch des ersten Aufstandes (Intifada) in den besetzten palästinensischen Gebieten 1987 überraschte die Führung der PLO und setzte sie unter Druck. An zwei Fronten begann politische Konkurrenz zu entstehen. Die Aufständischen drohten, eine eigene politische Alternative zu entwickeln und somit der PLO und der Macht Arafats gefährlich zu werden. Ebenso verhielt es sich mit den umliegenden arabischen Staaten, welche eine endgültige Lösung des Konfliktes anstrebten. Als der damalige jordanische König Hussein im Juli 1988 verkündete, seine bereits zu Beginn des Konfliktes mit Israel 1948/49 erhobenen Ansprüche auf das Westjordanland endgültig aufzugeben, musste die PLO handeln, bevor die Konkurrenz ihr zuvor kommen konnte. Da die Fatah als größte Fraktion der PLO in der Lage war, bei einer Entscheidung mit einfacher Mehrheit die eigenen Ansichten ungehindert durchzusetzen und Arafats

radikalste Gegenstimmen sich zuvor abgespalten hatten, stand einem pragmatischen und drastischen Strategieumschwung nichts im Wege. Auf der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats im November 1988 erfolgte die Deklaration eines unabhängigen Staates in den besetzten Gebieten mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt auf der Basis der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338. Nur einen Monat später, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Genf, bekräftigte Arafat diese Beschlüsse und unterstrich die Abkehr von jeglicher Form des Terrorismus nochmals am darauffolgenden Tag. Die Gewalt wurde als Strategie offiziell begraben. Damit hatte er die von den USA zuvor gestellten Bedingungen für eine Gesprächsaufnahme mit der PLO erfüllt.

Einige gute Gelegenheiten und politische Anreize waren sicherlich maßgeblich daran beteiligt, dass die Führungen der Fatah, bzw. der PLO, es schließlich erstrebenswert fanden, auf Gewalt zu verzichten. Die (macht)pragmatische Ausrichtung Arafats führte dazu, dass er den politischen Kurs der gewaltfreien Auseinandersetzung einschlug. Doch ohne die enorme Machtkonzentration in seinen Händen und die mit dem Ablegen des Konsensprinzips einhergehende „Alleinherrschaft“ der Fatah in der PLO hätte er diesen Kurs nicht durchsetzen können. Die autoritäre Entscheidungsfindung hatte zwar die Abspaltung einiger Teile der PLO und später auch der Fatah zur Folge, was jeweils kurzfristig zur Konflikteskalation und einer erhöhten Gewalteinwendung führte. Langfristig jedoch verhalf dies der moderaten, politischen Fraktion der Gruppe zur Durchsetzungsfähigkeit.

Pendeln zwischen Gewalt und Politik

Als 1987 die erste Intifada in den besetzten palästinensischen Gebieten ausbrach und die PLO sich von ihrem gewaltsamen Kurs verabschiedete, betrat eine neue Widerstandsgruppe die Bühne: die Hamas. Hervorgegangen aus dem palästinensischen Ableger der Muslimbruderschaft nutzte sie das bestehende Netzwerk an sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Jugendclubs und Moscheen, um schnell in der palästinensischen Bevölkerung Fuß zu

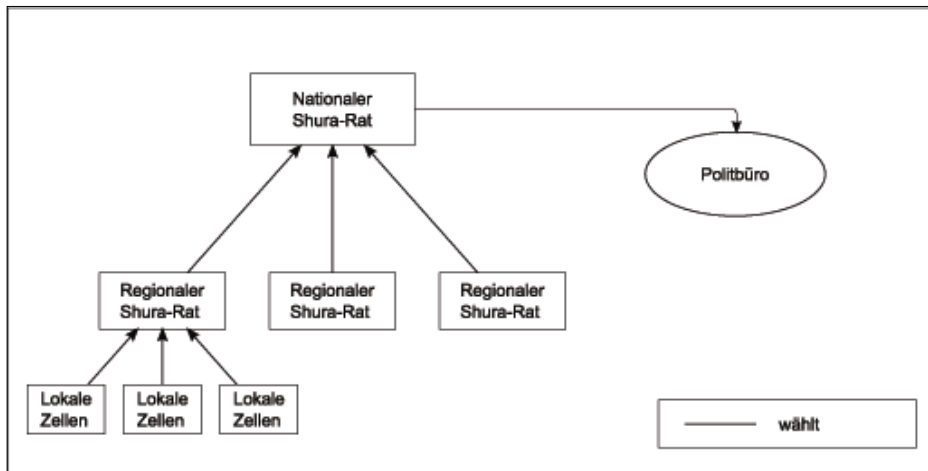
fassen. Ein Teil ihrer Führungsriege siedelte sich in den umliegenden Ländern, vor allem in Jordanien, dem Libanon, Syrien und dem Iran an, während der andere Teil in den besetzten Gebieten verblieb. Diese Teilung besteht bis heute, sodass die Regierungen der umliegenden Länder immer wieder großen Einfluss auf die Führungsmitglieder im Exil nehmen können.

Von Anfang an verstand sich die Hamas als Konkurrenz zur PLO. Als diese 1988 schließlich die Gewalt aufgab, stellte sich die Hamas als „kämpfende Alternative“ dar. Zum einen geschah dies, da die Hamas direkte Verhandlungen mit Israel ablehnte, zum anderen herrschte in der Bevölkerung bis zum Beginn des Osloer Friedensprozesses große Skepsis gegenüber dem neuen Weg der Fatah. Die Hamas nutzte diese Bedenken, um aus der weithin als „Einknicken“ wahrgenommenen Wandlung der PLO vor allem im Gazastreifen politischen Profit zu schlagen: Sie hielt an ihrer Forderung der Befreiung des gesamten historischen Palästinas fest. Das Vorgehen der israelischen Truppen gegen die obersten Mitglieder der Hamas schwächte die Organisation und zu Beginn der 1990er Jahre musste sie sich neu strukturieren.

Aufbau und Entscheidungsfindung der Hamas

Das harte Durchgreifen Israels gegen die Intifada und insbesondere gegen die Hamas führte dazu, dass die meisten der obersten Führungsmitglieder der Gruppe aus den besetzten Gebieten deportiert wurden und zum Großteil in israelischen Gefängnissen landeten. Eine Umstrukturierung der Gruppe wurde notwendig. Hochrangige Führungsmitglieder reisten hierfür aus dem Exil in die besetzten Gebiete und füllten das entstandene Machtvakuum mit jungen, ihnen getreuen Hamasmitgliedern. Um bei zukünftigen israelischen Angriffen die Führung der Gruppe besser zu schützen, wurden der militärische und der politische Arm strikt voneinander getrennt und der Aufbau der Gruppe, wie er noch heute besteht, geschaffen. Die oberste Führung der Hamas und den Kopf des politischen Flügels bilden das Politbüro und der nationale Shura-Rat. Obwohl *shura* so viel wie „beraten“ bedeutet, stellt der nationale Shura-Rat die

Struktur des politischen Flügels der Hamas



Quelle: Eigene Darstellung

höchste Autorität der Hamas dar und setzt sich aus gewählten Vertretern der regionalen Shura-Räte zusammen, welche wiederum durch die Mitglieder der einzelnen lokalen Zellen ernannt werden. Er fungiert als legislatives Parlament und wählt die Mitglieder des Politbüros, der Exekutive der Hamas. Im nationalen Shura-Rat werden, nach intensiven Debatten und Befragungen aller Teile der Hamas, die Strategien und politischen Zielsetzungen durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit festgelegt. Durch diese Entscheidungshürde müssen alle Positionen miteinander vereinbart und ein Konsens gefunden werden, da keine Fraktion alleine über eine ausreichende Mehrheit verfügt. Das Politbüro befasst sich mit den tagtäglichen Entscheidungen und Vorgaben für die Komitees, wobei es sich, ebenso wie der militärische Arm, an den übergeordneten Entscheidungen des Rates ausrichten muss. Direkt an der Basis der Organisation und in der muslimischen Bevölkerung werden vor wichtigen Entscheidungen Umfragen durchgeführt, um ein Stimmungsbild zu erhalten. Diese Vorgehensweise verschafft einerseits den unteren Rängen der Gruppe und der Bevölkerung ein gewisses Mitspracherecht. Andererseits verhilft sie der Bewegung dazu, ihre Mitglieder stark an die Weisungen des Shura-Rates zu binden und, da ihre Meinungen zumindest gehört werden, auch Entscheidungen zu akzeptieren, die sie selbst für falsch halten. Das beugt einer Abspaltung von Teilen der Gruppe, welche nicht mit den Entscheidungen ihrer Führung einverstanden sind, vor. Gleichzeitig werden die Ausbildung eines autokratischen Führungsstils und die Machtansammlung durch Einzel-

ne, wie dies in der Fatah bzw. PLO durch Arafat geschah, verhindert. Familiäre und persönliche Bindungen sind innerhalb der Hamas durch die Wahlen für den Aufstieg Einzelner irrelevant.

Die strikte Orientierung am Konsensprinzip bringt allerdings erhebliche Nachteile mit sich. Ein Prozess der Willensbildung, bei dem möglichst viele oder gar alle relevanten Positionen zu einem Thema gehört werden müssen, ist langwierig – ganz zu schweigen von der Einigung auf die eine Position, die dann durch alle Mitglieder der Führung vertreten werden muss. Schnelle Strategieänderungen können unter diesen Bedingungen nur schwer vorgenommen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass sowohl das Politbüro als auch der nationale Shura-Rat sich jeweils aus Führungsmitgliedern aus dem Exil und aus den besetzten Palästinensergebieten selbst zusammensetzen. Dabei kann man davon ausgehen, dass die Führungsmitglieder im Exil einen radikaleren Kurs verfolgen als jene aus den besetzten Gebieten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie erheblich von den Regierungen der exil-gewährenden Staaten, wie dem Iran oder Syrien, beeinflusst werden und diese Länder einen großen Teil der finanziellen Ressourcen des militärischen Arms der Hamas bereitstellen. Dieser Teil der Führung ist nicht von der alltäglichen Realität der Besatzung durch Israel und der harten Vorgehensweise gegen die Hamas betroffen, während die Führungsmitglieder in den besetzten Gebieten hauptsächlich damit beschäftigt sind, in ihren sozialen Einrichtungen die tägliche Not der Bevölkerung zu lindern und den Übergriffen der israelischen Armee zu entkommen. Diese beiden

Osloer Friedensprozess

Am 13. September 1993 begann mit der Unterzeichnung der „Declaration of Principles“ der sogenannte Osloer-Friedensprozess zwischen Israel und der PLO unter der Schirmherrschaft der USA. Mit diesem Dokument erkannten beide Seiten einander erstmals offiziell an. Die Israelis akzeptierten die PLO als offizielle Vertreterin der Palästinenser und die PLO verpflichtete sich, aus ihrer Charta alle Passagen, welche die Vernichtung Israels als Ziel enthielten, zu streichen. Nach weiteren Abkommen, welche unter anderem die Errichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die ersten Wahlen in den palästinensischen Gebieten 1996 ermöglichten, scheiterte der Friedensprozess bei den Verhandlungen in Camp David im Juli 2000. Die damals für das Scheitern ausschlaggebenden Fragen bezüglich des genauen Gebietes eines zukünftigen palästinensischen Staates, des Status der Stadt Jerusalem und des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge konnten bis heute nicht geklärt werden.

grundsätzlich unterschiedlichen Positionen bezüglich der Gewaltanwendung müssen für alle Entscheidungen miteinander vereinbart werden, was häufig zu einer Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner und somit zum Stillstand führt.

Erste Mäßigung und die Anerkennung der Realität

Im Verlauf der Entwicklung der Hamas können verschiedene Phasen ausgemacht werden, in denen der bewaffnete Kampf für die Bewegung einmal mehr und einmal weniger im Mittelpunkt stand. Die wechselnde Machtverteilung zwischen den Führungsmitgliedern aus dem Exil und den besetzten Gebieten war hierfür ausschlaggebend.

Durch die Schwächung der moderaten Führungsriege in den besetzten Gebieten und die Umstrukturierung der Gruppe hatte die radikale Fraktion aus dem Exil bis Ende der 1990er Jahre die Oberhand übernommen. Das änderte sich mit der Rückkehr Scheich Ahmad Jasins, charismatischer Gründer und Oberhaupt der Hamas, aus der israelischen Gefangenschaft in die besetzten Gebiete 1997. Die Vertreibung der Exilführung aus Jordanien 1999 und ihre damit einhergehende Schwächung verstärkte die Machtverschiebung zusätzlich.

Die Führung in den besetzten Gebieten, die gemeinhin als pragmatischer Flügel der Hamas gilt und deren Mitglieder schon Mitte der 1990er eine Zwei-Staaten-Lösung für möglich hielten, wies nun ein stärkeres Gewicht bei den Entscheidungen der Gruppe auf. Die terroristischen Anschläge auf Israel wurden von 1997 bis zum Ausbruch der zweiten Intifada 2000 stark zurückgefahren und zeitweise sogar aufgegeben. Unter dem Einfluss Jasins konnte eine erste Mäßigung der Forderungen in Form eines Stufenplans durchgesetzt werden, der mit Hilfe islamischer Konzepte legitimiert wurde. Die Akzeptanz der Tatsache, dass Israel als Staat existiert und nicht ohne Weiteres vernichtet werden kann, führte zur ersten Stufe, d.h. der Anerkennung und Etablierung des Staates Palästina in den Grenzen vor 1967. Unterstützt durch das islamische Konzept des *Sabr* („Geduld, Selbstbeherrschung“) wird darauf verwiesen, dass es sich hierbei lediglich um eine Phase, also eine Interimslösung handelt, wobei das übergeordnete

Ziel, die Befreiung ganz Palästinas, zwar bestehen bleibt, jedoch auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben wird. Diese Interimslösung weist große Ähnlichkeit zu dem 1974 erfolgten Umschwung in der Fatah bzw. PLO auf, bei dem die Zwei-Staaten-Lösung ebenfalls lediglich als Übergangsphase propagiert wurde. Die Nutzung des islamischen Konzeptes des *Sabr* verhinderte eine Abspaltung der radikalen Mitglieder, wie dies in der PLO aufgrund der Strategieänderung geschah.

Zurück zur Gewalt

Mit Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 nahm das palästinensische Volk den gewaltsamen Widerstand gegen die israelische Besatzung wieder auf. Den bewaffneten Kampf führten zunächst vor allem die nach wie vor vorhandenen Milizen der Fatah an. Die Hamas kehrte einige Monate nach Ausbruch der Proteste und Aufstände ebenfalls zur Gewaltanwendung zurück. Die Bevölkerung unterstützte vor allem die Selbstmordattentate und sah sie als einzige effektive Waffe gegen die israelische Gewalt und zur Erreichung der Unabhängigkeit.³ Durch die Anschläge konnte die Hamas schnell an Popularität gewinnen.

Parallel zu dieser militärischen Strategie unterbreitete die Hamas, auf Bestreben ihrer Führungsmitglieder aus den besetzten Gebieten, zwischen 2001 und 2003 Israel mehrere Waffenstillstandsangebote, jedoch ohne Erfolg. Diese Angebote reichten von einer kurzfristigen Beruhigung (*tahida*) bis hin zu einem längerfristigen Waffenstillstand (*hudna*). Insbesondere das Konzept der *Hudna*, in der islamistischen Ideologie als politisches Instrument zur Konfliktlösung verankert, ermöglichte der Hamas, von den absoluten Zielen ihrer Charta weiter abzurücken, ohne sich dem Vorwurf der Heuchelei auszusetzen. Wie schon zuvor nutzte sie ihre Ideologie als Legitimation für die pragmatische Anpassung ihrer Strategie und verhinderte so eine Zersplitterung der Gruppe.

Bis zu ihrer Teilnahme an den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 pendelte die Hamas zwischen Gewaltanwendung und Waffenstillstand. Aus internen Papieren der Hamas geht hervor, dass in dieser Zeit sowohl der *Jihad* als auch die *Hudna* immer



Treffen zweier charismatischer Führungsfiguren, mit denen ein Ende der Gewalt möglich schien: PLO-Führer Yassir Arafat und Scheich Ahmad Jasin, Oberhaupt der Hamas bei einer Begegnung 2003.

Foto: picture-alliance

wieder diskutiert wurden, ohne dass sich dabei eine Fraktion durchsetzen konnte. Das Nebeneinander von Friedensangeboten und Anschlägen bzw. Raketenangriffen auf Israel zeigt, dass keiner der Flügel innerhalb der Hamas eine Mehrheit hinter sich vereinen konnte und die Hamas auf die Stimmung in der Bevölkerung achtete, um ihre Popularität nicht zu gefährden. Des Aufstandes müde zeichnete sich 2003 ein Stimmungswechsel in der Bevölkerung ab und Fatah und Hamas versuchten, miteinander Gespräche zu führen, um Waffenstillstände durchzusetzen. Als 2004 Yassir Arafat starb und Scheich Jasin sowie dessen Stellvertreter durch gezielte israelische Angriffe getötet wurden, hatten beide Gruppen ihre charismatischen Führungsfiguren verloren. Für die Hamas bedeutete dies aber auch den Verlust der einflussreichsten moderaten Stimmen und eine abermalige Schwerpunktverschiebung hin zu der im Exil lebenden Führungsriege.

Teilnahme an den Wahlen

Für die Entscheidung, an den Regionalwahlen 2004 und den Neuwahlen der palästinensischen Autonomiebehörde im Januar 2006 teilzunehmen, konnte die Fraktion aus den besetzten Gebieten überzeugende Argumente vorbringen. Der Hamas war es gelungen, im Verlauf der vergangenen Jahre enorm an Popularität zu gewinnen, sie stand inzwischen in Umfragen gleichauf mit der

Fatah. Eine Beteiligung an der zukünftigen Regierung der Palästinenser schien möglich. Die Führungsmitglieder aus den besetzten Gebieten übernahmen die führende Rolle im Wahlkampf, stellten viele der Kandidaten und hielten den Kontakt zur Basis. Das für die Wahl erstellte politische Programm der Hamas zeigt eine deutliche Abweichung von den radikalen Positionen ihrer Charta. Die Zerstörung Israels rückte stark in den Hintergrund. Stattdessen wurde das „Recht auf Widerstand gegen die Besatzung“ betont und dieses Recht sollte mit allen politischen und kämpferischen Mitteln wahrgenommen werden.⁴ Gewalt ist, wie 30 Jahre zuvor für die Fatah bzw. PLO, vom einzigen zulässigen Mittel zu einer Möglichkeit neben politischen Maßnahmen geworden, um einem eigenen Staat Palästina näherzukommen.

Der deutliche Wahlsieg 2006 überraschte auch die Hamas, hatte sie selbst doch mit einer Rolle in der Opposition gerechnet, nicht mit der absoluten Mehrheit der Sitze. Zunächst schien es, als könne sich die pragmatische und gemäßigte Fraktion endgültig durchsetzen und zusammen mit der Fatah eine Einheitsregierung stellen. Doch diese Hoffnung auf eine weitere Mäßigung des Kurses der Hamas wurde nicht zuletzt durch die westliche Blockadepolitik erstickt. Die am Tag nach der Wahl gestellte Forderung, im Austausch für die politische Anerkennung auf Gewalt zu verzichten und das Existenzrecht Israels anzuerkennen, brachte die Hamas in ein Dilemma, aus dem sie sich nicht befreien konnte. Einerseits hätte deren Erfüllung bedeutet, radikal und endgültig von der Zielsetzung der Befreiung ganz Palästinas abzurücken und so die Glaubwürdigkeit in der palästinensischen Bevölkerung zu verlieren sowie das einzige Faustpfand in etwaigen Verhandlungen mit Israel – die Anschläge und Raketen gegen die israelische Bevölkerung – von vornherein aufzugeben. Andererseits konnten sich die unterschiedlichen Fraktionen der Führung innerhalb der Kürze der Zeit nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Schon drei Wochen nach der Wahl verhängten die westliche Welt und Israel Sanktionen, was angesichts der meist langwierigen Konsenssuche eine zu kurze Zeit für den nationalen Shura-Rat darstellte, um eine Entscheidung zu treffen.

Die Hamas kann, im Gegensatz zur Führung der Fatah und der PLO rund um Arafat,

sich bietende politische Gelegenheiten nicht pragmatisch und schnell wahrnehmen, da die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen der Führungsfraktionen miteinander vereint und die Stimmung der Basis berücksichtigt werden müssen. Seit dem Zerfall der Einheitsregierung und den darauf folgenden Kämpfen mit der Fatah sind die Fronten zwischen der Exil- und der Inlandsführung verhärtet. Die moderaten Stimmen der Hamas scheinen durch die Abriegelung des Gaza-Streifens und die Kämpfe mit der israelischen Armee nicht mehr in der Lage, sich Gehör zu verschaffen. Darüber hinaus verliert die Führung immer mehr die Kontrolle über ihre Kämpfer, das zeigen die trotz gegensätzlicher Weisungen anhaltenden Raketenangriffe auf israelisches Gebiet und die Formierung neuer Splittergruppen.

Negative Effekte des konsensorientierten Führungsstils

Für die Fatah bzw. PLO zeigt sich, dass vor allem die pragmatischen Entscheidungen Yassir Arafats, gekoppelt mit einer hierarchischen Struktur und autoritären Entscheidungsfindung, die Basis für den Verzicht auf Gewalt bildeten.

Auf sich bietende Gelegenheiten, politische Anreize und Druck von Seiten entstehender Konkurrenz konnte Arafat schnell und seinem machtpolitischen Kurs entsprechend reagieren. Mussten zu Beginn noch Kompromisse mit den anderen Rebellengruppen der PLO eingegangen werden, nahm seine Handlungsfreiheit durch die Abspaltung der radikalsten Flügel der PLO und der Fatah stetig zu.

Nachdem das Konsensprinzip abgeschafft worden war, bot sich der Fatah endgültig die Möglichkeit, sich innerhalb der PLO durchzusetzen und Arafat die Gelegenheit, seine eigene politische Position zu vertreten. Korruption und Vetternwirtschaft sicherten ihm dabei die Loyalität der Mitglieder.

In der Hamas, in der jede strategische Entscheidung mit einer Konsenssuche zwischen der Führungsriege im Exil und jener aus den besetzten Gebieten einhergeht, gestaltet sich der Entscheidungsprozess sehr viel schwieriger und langwieriger. Die bisher ungebrochene Konsensorientierung ist Vor- und Nachteil zugleich. Einerseits verhindern die Entscheidungsfindung per

Zum Weiterlesen

Baumgarten, Helga 2002: Arafat: Zwischen Kampf und Diplomatie, München.

Baumgarten, Helga 2006: Hamas. Der politische Islam in Palästina, Kreuzlingen/München.

Gunning, Jeroen 2007: Hamas in Politics. Democracy, Religion, London.

Kurz, Anat N. 2005: Fatah and the Politics of Violence. The Institutionalisation of a Popular Struggle. Jaffee Center for Strategic Studies, Brighton/Portland.

Mishal, Shaul/Avraham Sela 2006: The Palestinian Hamas: Vision, Violence and Coexistence, 2. Edition, New York.

Anmerkungen

- 1 Welt-Online: Hamas und Fatah koalieren, 5.05.2011, www.welt.de/print/die_welt/politik/article13344715/Hamas-und-Fatah-koalieren.html (18.5.2011).
- 2 Offiziellen israelischen Zahlen zufolge belaufen sich die Todesopfer auf Seiten der Palästinenser auf maximal 1200. Außerdem betont Israel immer wieder, dass es sich hierbei fast ausschließlich um Kämpfer der Hamas handelte. Die zivilen Opfer seien der Hamas anzulasten, da diese Zivilisten als Schutzschilder verwendet habe.
- 3 Umfragen bei der palästinensischen Bevölkerung werden regelmäßig zu diesen und weiteren Punkten unternommen und können unter www.jmcc.org und www.pcpsr.org abgerufen werden (18.5.2011).
- 4 Eine deutsche Übersetzung des Wahlprogramms der Hamas findet sich bei Helga Baumgarten „Hamas. Der politische Islam in Palästina“, 2006.

Zwei-Drittel-Mehrheit und die Umfragen an der Basis der Bewegung eine Abspaltung des radikalen Flügels der Hamas und erhöhen die Folgebereitschaft der Mitglieder. Andererseits können so sich bietende Gelegenheiten nicht genutzt und auf wechselnde äußere Bedingungen nicht mit Strategieänderungen reagiert werden.

Die Etablierung der Interimslösung und die Waffenstillstandsangebote gehen auf die moderaten Führungsmitglieder aus den besetzten Gebieten zurück, wobei sie die islamistische Ideologie nutzten, um ihre (zeitweise) Abkehr von der Gewalt und ihrer ursprünglichen Zielsetzung zu rechtfertigen, ohne dabei den Verlust der Unterstützung der muslimischen Bevölkerung riskieren zu müssen. Sie konnten allerdings nicht genügend Stimmen hinter sich versammeln, um einen dauerhaften Strategieumschwung zu bewirken.

Die Kompromisslösungen und wechselnden Mehrheiten führten zu einem ständigen Auf und Ab von politischen Lösungen und Friedensangeboten auf der einen und fortgeführten Kampfeinsätzen und Raketenangriffen gegen Israel auf der anderen Seite. Ergebnis der strikten Konsensorientierung innerhalb der Hamas scheint oft der Stillstand auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner bzw. das Durch- und Nebeneinander von friedlichen, politischen und gewaltsamen Mitteln zu sein. Eine Aufgabe des Konsensprinzips würde aber den Verlust ihrer Glaubwürdigkeit und der Legitimität ihres Führungsanspruches bedeuten. Die Hamas konnte sich in den Wahlen vor allem deshalb durchsetzen, weil sie im Gegensatz zur Fatah nicht auf Korruption und

Vetternwirtschaft aufgebaut ist und ihre Entscheidungen nicht autoritär durch einen kleinen, exklusiven Führungszirkel getroffen werden. Die Konsensorientierung und Miteinbeziehung der Ansichten ihrer Basis und der Bevölkerung sind nicht nur ein Hindernis für eine schnelle und pragmatische Entscheidungsfindung, sondern auch das politische Kapital der Hamas.

Für einen endgültigen Schritt in Richtung eines Gewaltverzichtes muss die gemäßigtere Position innerhalb der Führungsriege gestärkt werden. Die Isolation des Gazastreifens und die gezielte Tötung der einflussreichsten moderaten Führungsstimmen durch Israel bewirkten jedoch das Gegenteil. Die EU und die USA waren nicht bereit anzuerkennen, dass innerhalb der Hamas ein moderater Flügel existiert, der dazu bereit ist, die politischen Ziele der Gruppe auch mit friedlichen Mitteln zu verfolgen. Sie verweigerten nach dem Wahlsieg die Aufnahme eines Dialogs

und schwächten mit dieser Blockadepolitik die moderaten Führungsmitglieder aus den besetzten Gebieten. Die strikte Ablehnung des Wahlergebnisses und jeglicher Gespräche mit der Hamas bestätigten die Ansichten der radikalen Fraktion und stärkten diese. Die Chance auf einen dauerhaften Gewaltverzicht blieb auch auf Seiten der westlichen Welt und Israels ungenutzt.



Janneke Rauscher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Darmstadt. Sie forscht unter anderem zur Transformation von Rebellengruppen.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck